

21./I. 1915.

Vorschläge zur Verstaatlichung der Lebensmittel. Der Deutsche Handelstag hat Gutachten der ihm angeschlossenen Handelskammern über Vorschläge der Handelskammern zu Stuttgart und Saarbrücken eingefordert. Es handelt sich hierbei um die Anregung, vorübergehend alle Getreide- und Mehlvorräte auf das Reich zu übernehmen und ihre Verteilung durch das Reich auf dessen einzelne Gebiete nach einem für die Zeit bis zur nächsten Ernte berechneten Plane durchzuführen. Im einzelnen wird vorgeschlagen:

- 1) Genaue Aufnahme der Getreide- und Mehlvorräte.
- 2) Ankauf der Brotgetreide- und Mehlvorräte und eines Teils der Gerste-, Hafer- und Kartoffelvorräte durch das Reich.
- 3) Verwaltung und Verteilung der Vorräte durch eine Reichszentralstelle unter Mitwirkung der Kommunalbehörden und des Handels.
- 4) Ermäßigung der Eisenbahnfracht und Festsetzung verschiedener Frachtsätze für Getreide und Mehl.
- 5) Ermächtigung der Reichszentralstelle zu Maßregeln namentlich in bezug auf:
 - a. Veranziehung der Gerste und des Hafers zur menschlichen Ernährung, auch Einschränkung des Braugewerbes.
 - b. Minderung der Viehbestände.
 - c. Herstellung von Fleischkonserven.
 - d. Verwertung der Anbauflächen für die nötigsten Erzeugnisse.
 - e. Erweiterte Ausbeutung des Getreides für die menschliche Ernährung.
- f. Herabsetzung des Brennereilcontingents für Kartoffelspiritus.

Die Handelskammer Saarbrücken beschränkt ihre Vorschläge dahin, daß die Regierung den freien Verkehr gewisser Nahrungsmittel untersagt und den Vertrieb und die Verteilung der Vorräte der staatlichen Kontrolle unterstellt.

Soweit bisher Handelskammern die Frage erörtert haben, werden die Vorschläge als wichtig erachtet, besonders auch aus dem Gesichtspunkte, um einer unnützen Verschwendung der Nahrungsmittel entgegenzuwirken. Man ist verschiedentlich der Auffassung, daß bei der Neigung weiter Kreise der Bevölkerung, nur schwer von alten Gewohnheiten abzulassen, weitgreifende Maßnahmen zweckmäßig sein werden. Eine endgültige Stellung wollen eine Reihe von Handelskammern zu dieser Handel und Industrie stark berührenden Frage noch nicht einnehmen, erachten vielmehr die Einberufung des Handelstages zur näheren Erörterung für notwendig.